ANFRAGE von Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf) und Daniel Wäfler (SVP, Gossau)

Betreffend Wie hoch sind die Ausstände bei Krankenkassenprämien im Kanton Zürich

In der Schweiz ist die Krankenversicherung obligatorisch. Jede in der Schweiz wohnhafte Person muss eine Krankenversicherung abschliessen. Dies ist gesetzlich vorgeschrieben. Die Krankenkassen in der Schweiz bieten einen hohen qualitativen Standard und gewährleisten, dass alle Versicherten die gleichen Leistungen bei Krankheit, Unfall und Mutterschaft erhalten. Das System der Krankenversicherung basiert auf Solidarität. Gesunde Menschen zahlen Beiträge, um die Kosten für diejenigen zu decken, die krank sind. Dies ermöglicht einen gerechten Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle. Jedes Jahr bezahlen offenbar rund 166'000 Menschen in der Schweiz, welche nicht in der Sozialhilfe sind, ihre Prämien nicht, was zu angeblichen Ausständen in Medienberichten von über 453 Millionen Franken führt. Wenn jemand die Prämie aus finanziellen Gründen nicht bezahlen kann, hat man Anspruch auf eine Prämienverbilligung. Bezahlen Personen ihre Krankenkassenprämie nicht, haben die Kantone die Möglichkeit, diese auf die schwarze Liste zu setzen. Die Luzerner Regierung unterstrich bereits im August 2021 die Vorteile einer solchen Liste. Diese solle vorbeugend wirken. Sie sei ein wichtiges und deutliches Signal an alle, die ihrer Zahlungspflicht nicht ordnungsgemäss nachkommen, obwohl sie dazu in der Lage wären. Derzeit führt z.B. der Kanton Thurgau eine solche Liste.

Wir ersuchen daher den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Ist der Regierungsrat bereit, eine schwarze Liste für säumige Krankenkassenprämienzahler einzuführen? Falls Nein, warum nicht?
- 2. Wie viele Personen zahlten in den Jahren 2021, 2022 und 2023 im Kanton Zürich ihre Krankenkassenprämien nicht?
- 3. Wie hoch ist der Ausstand in den Jahren 2021, 2022 und 2023 im Kanton Zürich aufgrund säumiger Krankenkassenprämienzahler?
- 4. Wie handhaben die Gemeinden und der Kanton Zürich säumige Prämienzahler?
- 5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Weiterentwicklung der Zahlungsmoral?
- 6. Welche konkreten Schritte fasst der Regierungsrat ins Auge?

Jacqueline Hofer Daniel Wäfler